

Woidkes Koalitions-Drama: BSW als Schlüssel zur Macht?

Ministerpräsident Woidke sieht sich nach der Wahl vor Koalitionsfragen: SPD-Alleingang oder Bündnis mit Wagenknecht?



Ministerpräsident Dietmar Woidke von der SPD steht vor einer politischen Zwickmühle: Trotz seines Wahlsiegs ist die Gestaltung einer stabilen Koalition ungewiss. Ein Dreierbündnis mit der CDU und den Grünen, das er zuvor favorisierte, wird durch das enttäuschende Abschneiden der CDU in Brandenburg weiter erschwert. Stattdessen könnte eine Zusammenarbeit mit der neuen Partei von Sahra Wagenknecht, dem BSW, eine realistische Alternative darstellen. Dieses Bündnis könnte eine Mehrheit im neuen Landtag ermöglichen, allerdings bleibt die Frage offen, ob die Wagenknecht-Partei tatsächlich Interesse an einer Regierungsbeteiligung hat.

Der aktuelle politische Kontext ist von Woidkes persönlichen

Siegen geprägt, der die Wahlen gegen die AfD gewann, jedoch muss er sich um seine Koalitionsmöglichkeiten sorgen. Obwohl er plakatierte, dass er an diesem Abend nicht über Koalitionen nachdenken wolle, ist klar, dass sich dies nun als drängendes Thema darstellt. Die unglückliche Situation der CDU, die einen Schmach erlitten hat und bundesweit im Hintertreffen ist, kompliziert Woidkes Hoffnungen auf eine stabile Kooperation. Die SPD und CDU erreichen zusammen nur 44 der 88 Sitze im Parlament – nicht genug, um eine Regierung zu bilden.

Die Rolle des BSW und historische Vergleiche

Der entscheidende Schwung könnte vom BSW kommen, der 14 Mandate gewonnen hat und in dieser Zeit zum Schlüsselakteur in Brandenburg, Sachsen und Thüringen avanciert ist. In der Vergangenheit hat Wagenknecht gesagt, dass sie an der Koalition interessiert ist, was Woidkes Optionen erweitern könnte. Dies erinnert an die Zeit im Jahr 2009, als die SPD und die Linke in Brandenburg eine erfolgreiche rot-rote Koalition bildeten. Damals kam die SPD unter Matthias Platzeck auf 33 Prozent, und auch hier war der BSW ein unsicherer Partner.

Jüngste Entwicklungen zeigen, dass Woidke sich auf ein stürmisches Verhandlungsspiel einstellen muss. Wagenknechts Partei könnte nicht nur die SPD unterstützen, sondern auch die eigene politische Identität gefährden, wenn sie sich zu einer Koalition entschließt – wie Gregor Gysi und Wagenknecht 2009 schon einmal befürchteten. Diese Rücksichtnahme könnte auch eine Rolle spielen, da Wagenknecht selbst an den Bundestagswahlen interessiert ist und ein starkes persönliches Motiv hat, große politische Ziele zu verfolgen.

Die internen Spannungen in der Linken haben Woidke in der Vergangenheit oft vor schwere Entscheidungen gestellt. Er selbst hat die Grüne Partei als unberechenbar beschrieben. Wie die Zusammenarbeit mit dem BSW auch gehandhabt wird, ist ein großes Fragezeichen. Politische Fragen zu Krieg oder Frieden

werden von Woidke auf die Tabelle gebracht, während Wagenknecht eher aus einer anderen Ecke argumentiert.

Diese Differenz könnte die Koalitionsgespräche weiter verkomplizieren, sollte sich eine Zusammenarbeit tatsächlich anbahnen. Woidke zeigt sich skeptisch gegenüber dem populistischen Stil, den Wagenknecht oft pflegt, wenn es um politische Rhetorik geht. Er möchte nicht, dass außenpolitische Themen in die lokale Agenda der Koalitionsverhandlungen einfließen, und hält dies für unangebracht. Die Dimensionen politischer Entscheidungen bedürfen Klarheit und Stabilität, und nicht populistische Störfeuer.

Es bleibt jetzt abzuwarten, welche Absichten der BSW hegt und wie viel Willen besteht, realistische Politik zu praktizieren. Um die nächsten Schritte zu gestalten, könnte sich Woidke von dem Ansatz inspirieren lassen, den Reiner Haseloff (CDU) im benachbarten Sachsen-Anhalt gewählt hat. Trotz einer knappen Mehrheit entschied er sich für eine breitere Koalition und umschiffte so die Unsicherheiten, die mit einer heiklen Zusammenarbeit einhergehen können. Für Woidke heißt das, dass er offen bleiben sollte für alle Optionen, um seine politische Zukunft abzusichern.

In dieser spannungsgeladenen Situation ist der radikalste Schritt vielleicht nicht einmal das Risiko einer neuen Koalition, sondern die Erneuerung der Entscheidungskultur in Brandenburg, um stabilere Verhältnisse herstellen zu können. In den kommenden Wochen und Monaten wird sich zeigen, wie nachhaltig die politischen Wunden heilen oder ob neue Risse entstehen.

Für weitere Informationen und Details zur aktuellen politischen Dynamik können Sie den Artikel [auf **www.welt.de**](http://www.welt.de) lesen.

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de